

Unser Leipzig

Leitlinien für eine wachsende Stadt

Einleitung

Die Leipziger CDU ist den Menschen in unserer Stadt verpflichtet. Wir wollen um Politik nicht nur für eine laute Minderheit machen, sondern wir haben die Mehrheit im Blick. Die Menschen, die sich eine Verbesserung ihrer Alltagssituation wünschen und ihr Vertrauen dazu in unsere politische Arbeit richten.

Um auf die Herausforderungen einer wachsenden Stadt zu reagieren, braucht es nicht allein Sonntagsreden und gute Stimmung. Es braucht dafür Willen und Entschlossenheit, nicht nur über die Chancen des Wachstums zu reden, sondern auch Lösungen für die Probleme zu erarbeiten.

Wir werden Antworten darauf geben, wohin wir mit unserer Stadt in den kommenden Jahren wollen. Denn daraus entsteht unser Anspruch auf Gestaltung und politischer Führung in Leipzig. Die Leipziger sollen wissen, woran sie mit der CDU sind.

Als Volkspartei ist es unser Anspruch, Politik für alle Menschen in unserer Stadt zu gestalten. Ideologische Verbote und Theoriediskussionen lösen keine Alltagsprobleme. Hierin besteht allerdings die Aufgabe der Kommunalpolitik: Schulen und Straßen zu sanieren, statt beispielsweise über die frackingfreie Kommune zu diskutieren.

Gemeinsam mit den Menschen in Leipzig wollen wir unsere Stadt in den kommenden Jahren voranbringen. Deren Sorgen und Nöte wollen wir, auf Augenhöhe und nicht belehrend, ernst nehmen und so gut es geht überwinden. Auch die Kooperation mit dem Umland haben wir dabei im Blick. Damit Leipzig eine lebenswerte, eine prosperierende, eine lebenswürdige Stadt bleibt und sich weiterhin zu seinem Vorteil entwickelt.

Sicherheit und Ordnung

Die Kriminalität in Leipzig steigt mit der wachsenden Bevölkerungszahl in den letzten Jahren erkennbar an. Daher wächst auch das Gefühl der Unsicherheit in der Leipziger Bevölkerung. Dieser Entwicklung muss unbedingt entgegen gesteuert werden und sie bestenfalls gestoppt werden. Die Leipziger Union fordert hier alle Teile der öffentlichen Verwaltung auf an diesem Ziel zu arbeiten. Unsere Bürger verdienen ein sicheres Leipzig.

Die Polizei ist in Leipzig in einem besonderen Maße gefordert. Sie übernimmt nicht nur die Funktion der Aufklärung von Verbrechen und Vergehen und deren Prävention, sondern ist in verstärktem Ausmaß bei zahlreichen Demonstrationen und Großveranstaltungen gefordert. Dies stellt eine enorme Belastung für die örtliche Polizeidirektion dar. Leipzig als linksextremes Zentrum bietet im Rahmen von Demonstration besondere Herausforderungen, um die Leipziger Bürger vor Gewalt und Ausschreitungen zu bewahren. Mit Hinblick auf den Bevölkerungszuzug in Leipzig und den steigenden Kriminalitätsraten fordert die Leipziger Union neben der Ausrüstung auch die personelle Ausstattung der Polizei an die Entwicklung anzupassen.

Für Sicherheit und Ordnung zu sorgen ist nicht nur Aufgabe der Polizei. Hier ist auch die Leipziger Stadtverwaltung gefordert. Sie hat dafür zu sorgen, dass der Stadtordnungsdienst personell und ausrüstungstechnisch so aufgestellt wird an allen Tagen der Woche seine Aufgaben zu erfüllen. Darüber hinaus ist verstärkt darauf zu achten, dass keine Institutionen gefördert werden, die Gewalt gegen Personen, den Staat oder Sachen als legitime Akte der politischen Auseinandersetzung betrachten oder befördern und damit Extremisten einen Nährboden und eine Zuflucht bieten. Hierzu gehört es auch Personen, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung wenden, eine klare Absage zu erteilen. Darüber hinaus sollen Institutionen, die im demokratiefeindlichen Zwielficht stehen nicht länger gefördert werden. Die CDU hat bislang als einzige Volkspartei die Finanzierung von Conne Island und Werk 2 in Frage gestellt. Wir wollen Mehrheiten schaffen, um die Vereinigungen, die sich nicht klar und eindeutig zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen, nicht länger durch städtische Mittel zu fördern, sondern sie aktiv zu bekämpfen.

Die Stadtverwaltung ist ebenso gefordert ein Klima der Sicherheit und Ordnung zu schaffen. Das bedeutet auf die Einhaltung der Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu achten. Illegale Müllhalden zu beseitigen und auf die Sicherung von verfallenen Gebäuden und Geländen zu drängen. Die Leipziger Union bekennt sich zu dem Ziel Sicherheit und Ordnung zur Aufgabe aller öffentlichen Einrichtungen zu machen und so gemeinsam daran zu arbeiten Leipzig sicherer zu machen.

Wirtschaft und Kommunale Unternehmen

Das Wachstum Leipzigs muss sich auch in einer gezielten Ansiedlung von Unternehmen widerspiegeln, denn bis 2030 braucht Leipzig 60.000 neue Arbeitsplätze, um weiterhin ein Arbeitslosenquote auf dem jetzigen Stand zu halten. Die Stadtverwaltung ist daher auf allen Ebenen gefordert, ein investitionsfreundliches Klima mit Angeboten, statt Verboten zu schaffen. Die Aufgabe kommunaler Wirtschaftsförderung darf dabei nicht nur die Betreuung des Bestandes sein, sondern sie muss dynamisch, flexibel und zügig die Ansiedlung großer und mittelständischer Unternehmer ermöglichen und deren Wachstum fördern.

Ohne den Leipziger Nordraum mit seinen Ansiedlungen von BMW, Porsche, DHL und Amazon wären viele freiwillige Ausgaben der Stadtverwaltung nicht möglich. Für die CDU Leipzig ist die wirtschaftliche Entwicklung die Grundlage unseres Handelns. Bei den politischen Akteuren von SPD, Linke und Grünen findet sich diese Erkenntnis nicht immer wieder.

Innovative Konzepte und Unternehmensideen müssen durch die öffentlichen Institutionen angemessene Unterstützung und Hilfestellung finden. Leipzig hat die Möglichkeit, zur Hauptstadt der Start-ups zu werden. Dazu braucht es auf Startups abgestimmte Aus- und Fortbildungsangebote und die Stadt soll um Risikokapitalgeber werben.

Eine Ansiedlungspolitik für Unternehmen jeder Art braucht aber nicht nur eine effiziente Verwaltung, sondern auch strategische und gut erschlossene Gewerbeflächen. Neben den Herausforderungen in der sozialen Infrastruktur, dürfen Flächen jedoch nicht nur für Schulen und Kitas bevorratet und erworben werden. Denn die Ansiedlung von Arbeitsplätzen sowie der Ausbau der sozialen Infrastruktur sind kein Gegensatz, sondern zwei Säulen eines erfolgreichen Wachstums unserer Stadt.

Da die Leipziger CDU fest auf dem Boden der sozialen Marktwirtschaft steht, sehen wir auch die Verantwortung der kommunalen Unternehmen in der Daseinsvorsorge. Aufgaben, die auch kleine und mittelständische Unternehmen übernehmen können, gehören nicht in das Leistungsportfolio städtischer Unternehmen. Worüber wir auch in den kommenden Jahren diskutieren müssen, ist die derzeitige Struktur unserer kommunalen Unternehmen. Die L-Gruppe stellt ein Konstrukt der Vergangenheit dar und es bedarf einer ehrlichen Auseinandersetzung, welche Aufgaben sie in der Zukunft übernehmen soll. Das Holdingmodell steht aus unserer Sicht nicht per se zur Debatte, wohl aber die Aufgaben, die die Holding übernehmen soll. Extravaganzen oder Vabanque-Spiele mit dem Vermögen der Leipziger Bürger darf es in Zukunft nicht mehr geben. Vielmehr setzen wir den Fokus auf Transparenz, Ausbau der Infrastruktur und Verschlinkung der Verwaltung. Die kommunalen Unternehmen sichern die Daseinsvorsorge für die Menschen unserer Stadt. Darüber hinaus haben sie keine Aufgaben zu übernehmen. So wird es möglich, den Bürgern bessere

Angebote im Öffentlichen Nahverkehr, dem Strom und der Versorgung mit Trinkwasser zu ermöglichen.

Verkehr

Leipzig steht aus Sicht der Leipziger Union verkehrspolitisch vor großen Herausforderungen. Die wachsende Bevölkerungszahl und die steigende Wirtschaftskraft der Stadt Leipzig führen dazu, dass der Verkehr auf verschiedene Art und Weise weiterhin zunehmen wird. Beide Entwicklungen sind zu begrüßen und die Herausforderungen, die sie mit sich bringen zu lösen. Die Leipziger Union steht für eine Politik ohne ideologische Ansätze, die keine der beiden Entwicklungen beschränken darf. Insbesondere der wirtschaftliche Aufschwung darf nicht durch eine ideologische Verkehrspolitik mit Verboten und Einschränkungen gefährdet werden. So ist mit einer weiteren absoluten Zunahme des motorisierten Individualverkehrs vor allem durch einen Anstieg des Wirtschafts- und Pendelverkehrs zu rechnen.

Der begrenzte Straßenraum darf aus Sicht der Leipziger Union daher nicht weiter verkleinert werden, sondern muss unter den Verkehrsteilnehmern aufgeteilt und dort, wo es nötig ist, unter zu Hilfenahme innovativer Konzepte erweitert werden. Nur dadurch kann der benötigte Platz für die steigende Anzahl an Verkehrsteilnehmern geschaffen werden.

Neben dem motorisierten Individualverkehr müssen die Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs auch den steigenden Nutzerzahlen angepasst werden. Hier steht die Erweiterung und Vergrößerung der Kapazität des ÖPNV-Netzes im Vordergrund. Der Erfolg des City-Tunnels zeigt, dass ein weiteres Projekt dieser Art erfolgsversprechend sein kann. Wichtig ist jedoch, dass die Finanzierung des ÖPNV auf sichere Füße gestellt wird, die den Leipziger Bürger nicht weiter belastet.

Auch die Infrastruktur des Radwege- und Fußgängernetzes muss neu gedacht werden. Der motorisierte Individualverkehr und Fußgänger und Radfahrer dürfen nicht weiter als Gegensätze betrachtet werden. Hier muss sichergestellt werden, dass die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer gewahrt wird. Dazu müssen die Fußwege in einen ordnungsgemäßen Zustand versetzt werden und eine neue Planung des Radwegenetzes stattfinden.

Wohnen

Leipzig ist eine Stadt, die bisher keinen angespannten Wohnungsmarkt aufweist. Unbenommen wird günstiger Wohnraum in gehobenen Lagen tendenziell rarer. Er ist allerdings durch die kommunale Wohnungsbaugesellschaft dauerhaft gesichert. Panikmache von links hilft nicht dabei, den Wohnungsmarkt für die Zukunft bedarfsgerecht auszubauen. Ziel ist es, dass Wohnraum vielfältig, qualitativ, bezahlbar und bedarfsgerecht in ausreichender Menge zur Verfügung steht. Dies erfordert aus Sicht der Leipziger Union eine weitsichtige strategische Gesamtplanung und enge Kooperation zwischen Stadtentwicklung und Liegenschaftsamt. Durch den punktuellen strategischen Erwerb von Entwicklungsflächen lässt sich eine Nutzungsgemischte Stadt sowie die Ansiedlung sozialer Infrastruktur, Gewerbe und Wohnen in räumlicher Nähe realisieren

Seitens der Stadtverwaltung braucht es ein investitionsfreundliches Klima für Wohnungsbauprojekte und die Erschließung von Bauland. Bisher stand seitens des Baudezernates häufig eine Verhinderungspolitik im Vordergrund. Die Zeiten für die Bearbeitung von Bauanträgen sowie das Verweigern von neuen Einfamilienhaussiedlungen belegen dies. So hat sich der Umsatz auf dem Leipziger Grundstücksmarkt im vergangenen Jahr um mehr als 50 % erhöht. Dies erhöht die Gefahr von Spekulationen und des Blockierens von Nachverdichtungsprojekten und Quartiersentwicklungen. Dazu gesellt sich die mangelnde Diversifizierung der Grundstücke in wenigen privaten Bauträgerhänden. Gewachsene Eigentümerstrukturen fehlen; hier muss die Stadt im Hinblick auf die Bodenbevorratung im Rahmen der Gemeindeordnung und der Ausübung von Vorkaufsrechten ordnend und gestaltend eingreifen.

Die Leipziger Union will einen bedarfsgerechten Ausbau des Wohnungsbestandes in unserer Stadt, der ebenso sozialen Wohnungsbau, normalpreisige und hochpreisige Angebote sowie Einfamilienhäuser beinhaltet. Wir wollen ein Angebot für alle Einkommensgruppen schaffen und dabei auch die Gegebenheiten der Stadtteile und Ortschaften berücksichtigen. Unsere marktwirtschaftliche Überzeugung ist dabei, dass die privaten Akteure am Wohnungsmarkt nicht am Bedarf vorbei agieren. Dennoch müssen baurechtliche Anreize gesetzt werden, dass sich auch private Investoren für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum engagieren. Dies ist insbesondere für die Rahmenbedingungen für Familien, die einen deutlich höheren Bedarf an Wohnraum, aber nur begrenzten Mittel haben von essentieller Bedeutung.

Die LWB als kommunales Unternehmen hat sich als ein wichtiger Akteur am Wohnungsmarkt

etabliert und sollte sich in erster Linie auf das Kerngeschäft der Wohnungsvermietung und des Wohnungsbaus fokussieren. Dabei bleibt es von immenser Bedeutung, dass die Wirtschaftskraft des Unternehmens nicht in eine Schieflage gerät. Der Ausbau des sozialen Wohnungsbestandes ist daher derzeit nur durch einen Ausbau des höherpreisigen Segmentes möglich, welches die Kosten für Bau und Unterhaltung abfängt. Es ist also eine politische Frage, was die LWB leisten soll. Eine Erhöhung des Kernbestandes auf 40.000 Wohnungen bis 2030 sollte daher ein realistisches Ziel sein.

Dass der Ausbau des Wohnungsbestandes in unserer Stadt insgesamt ein zentrales Thema ist, steht auch für die Leipziger Union außer Frage. Die Stadtspitze ist gefordert, zu Erfüllung dieser fachlich und strategisch herausragenden Aufgabe eine dezernatsübergreifende Steuerungsgruppe einzurichten, da das Baudezernat regelmäßig mit dieser Aufgabe überfordert ist.

Soziale Infrastruktur (Schule, Kita, Pflege)

Die Herausforderungen im Ausbau der sozialen Infrastruktur zeigen sich nicht nur in der Finanzierung neuer Schulen oder Kitas, sondern vor allem in der Planung der Projekte. Es fehlt häufig an einer effizienten Abstimmung innerhalb der Stadtverwaltung und daraus resultierend an Personal und Bauland für soziale Einrichtungen.

Die CDU hat bisher erfolgreich durchgesetzt, auch private Unternehmer am Schulbau zu beteiligen, um zügig neue Kapazitäten zu schaffen. Auch die "Leipzig Schule 2.0" als Standardschulmodell wurde durch uns auf den Weg gebracht. Entscheidend ist nun, dass diese Beschlüsse konsequent durch den Oberbürgermeister und seine Verwaltung umgesetzt werden. Bei der Einrichtung von gemeinsamen Schulbezirken müssen soziokulturelle Unterschiede in den Stadtteilen ausgewogen berücksichtigt werden. Zudem besitzt das Engagement der Schulsozialarbeit als Mittel der kurz- und mittelfristigen Entspannung in angespannten Schulbezirken zentrale Bedeutung und soll weiter unterstützt werden.

Um neue Kapazitäten bei Schulen und Kita zu schaffen brauchen wir vor allem zusätzliche Flächen beziehungsweise müssen wir mit den vorhandenen Flächen strategischer umgehen. Weiterführende Schulen können auch in den eingemeindeten Ortsteilen errichtet werden, um in der Innenstadt und ihrer Peripherie Platz für Grundschulen und Kitas zu erhalten. Eine korrekte und stetig angepasste Bedarfsermittlung seitens der Stadt ist dabei unerlässlich; auch hier gibt es in der Abstimmung der beteiligten Ämter erheblichen Nachholbedarf. Da eine Steuerungsgruppe bereits besteht, muss auch die Bedarfsermittlung Teil ihrer Arbeit werden.

Ein Bereich, der bisher zu wenig Beachtung findet ist der Ausbau der kommunalen Pflegeeinrichtungen. Die demographische Entwicklung macht auch vor Leipzig nicht halt und es wäre fatal, wenn die Kommune mit den Städtischen Altpflegeheimen auf diese Entwicklung nur unzureichend reagiert. Ein "Pflegeentwicklungsplan" muss daher nicht nur innerhalb der Städtischen Altenheime Leipzig diskutiert werden, sondern zu einem zentralen Thema der Ratsversammlung werden.

All das kostet ohne Zweifel nicht nur personelle sondern auch finanzielle Ressourcen. Die politische Schwerpunktsetzung muss auf diese Entwicklungen reagieren. Dennoch sollen die Kosten nicht auf die Leipziger verteilt werden, weswegen eine weitere Erhöhung der Elternbeiträge für Kitas für uns nicht zur Disposition steht. Vielmehr bedarf es einerseits eines wesentlich besseren Kostencontrolling in allen Bereichen des Sozialdezernates und auf der anderen Seite einer Verbesserung der Einnahmensituation. Zugleich misst die Leipziger Union der Qualität in Kindertagesstätten oberste Priorität zu, da sie sich entscheidend auf die kindliche Entwicklung auswirkt. Nur durch eine qualitativ hochwertige Betreuung kann der Bildungsauftrag in Kitas tatsächlich verwirklicht und Zukunfts- und Entwicklungschancen für alle Kinder ermöglicht werden.

Kulturpolitik

Leipzig ist eine Stadt, mit einer großen und vielfältigen Kulturlandschaft. Gerade deswegen ist es aus Sicht der Leipziger Union unerlässlich, hinsichtlich der Kulturpolitik neue, innovative Strategien zu entwickeln und umzusetzen. Insbesondere jene Institutionen mit Weltruhm, wie das Gewandhausorchester sowie der Thomanerchor in Verbindung mit dem Bach-Archiv verdienen höchste Priorität.

Der Kulturetat der Stadt Leipzig steigt auf bald 120 Millionen Euro jährlich. Knapp 95 Millionen werden dabei allein für die Eigenbetriebe ausgegeben.

Der Zuspruch zu den innerstädtischen Bühnen, insbesondere von Oper und Schauspiel, hat mit dem jüngsten Wechsel der Intendanz deutlich zugenommen. Alle drei Sparten haben einen eigenen Markenkern, vor allem das Gewandhaus sticht hierbei hervor. Dennoch bleibt es ein Anliegen der Leipziger Union die Möglichkeiten von Synergien in der Zusammenarbeit vollumfänglich auszuschöpfen. Gerade in Betracht auf die Gestaltung von Personal, Verwaltung und Marketing besteht ein hohes Potential an engerem und besserem Zusammenwirken. Die Eigenbetriebe zukunftsfähig aufzustellen, steht hierbei aus unserer Sicht im Fokus.

In Bezug auf den Spielbetrieb der Leipziger Oper müssen diese Möglichkeiten mehr beansprucht werden. Die Option erfolgreiche Produktionen der Musikalischen Komödie im Opernhaus aufzuführen

ren, um höhere Einnahmen zu generieren, wird unserer Meinung nach bisher zu wenig betrachtet. Auch die höhere Taktung von Spielzeiten sollte hierbei in den Vordergrund geraten.

Soziokulturelle Zentren spielen überwiegend in den einzelnen Stadtteilen eine wichtige Rolle. Sie dienen als Veranstaltungsort und Treffpunkt von Vereinen und haben damit eine bedeutsame gesellschaftliche Querschnittsfunktion. Dennoch verfolgen wir das Ziel, diese Strukturen unabhängiger von der Stadt zu gestalten. Kulturzentren, die politisch extreme Aktivitäten unterstützen und fördern, wie es in der Vergangenheit durch das Conne Island und das Werk 2 geschah, sollten aus Sicht der Leipziger CDU in den Hintergrund der städtischen Förderung geraten. Die Leipziger Union fordert im besonderen auf kommunaler Ebene eine stärkere Priorisierung der Kulturförderung.

Neben dem kulturellen Angebot hat sich in Leipzig auch eine umfangreiche Kreativ- und Kulturwirtschaft entwickelt. Die Baumwollspinnerei und der gesamte Leipziger Westen sind Standorte für viele neue Arbeitsplätze mit Zukunft geworden. Es ist daher auch eine Aufgabe der Wirtschaftsförderung, diesen neuen Wirtschaftszweig positiv zu begleiten.

Schließlich lässt sich sagen, Kulturpolitik darf nicht immer allein unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet werden, kann diese aber auch nicht vollends verleugnen. Im Fokus steht die Schaffung neuer Strukturen um den Anstieg der Ausgaben, insbesondere hinsichtlich der Kultureigenbetriebe, zu stoppen. Wir müssen jene Kultureinrichtungen, die angenommen werden stärker fördern und ausbauen.

Ausblick

Wir werden nicht alle Herausforderungen der Leipziger Zukunft bereits jetzt klar und deutlich aufzeigen können. Diejenigen, die sich unserer Sicht geradezu aufdrängen, wollen wir in den kommenden Jahren lösen.

Jeder Lösungsansatz benötigt jedoch politische Mehrheiten. Wir wollen weiterhin stärkste Fraktion im Leipziger Stadtrat bleiben und die rot-rot-grüne Mehrheit beenden. Die CDU Leipzig unterbreitet den Bürgern unserer Stadt ein Angebot, dass ohne Umerziehung auskommt. Wir werben für unsere Ideen, ohne zu belehren oder abzukanzeln.

Alle Menschen, die sich einen neuen Oberbürgermeister wünschen, die sich wünschen, dass das Chaos in der Verkehrsentwicklung endet, die eine klare, wirtschaftsfreundliche Politik fordern und sich darüber hinaus für finanzielle Verantwortung und sicherheitspolitische Konsequenz aussprechen, sollen in der CDU Leipzig einen fairen und verlässlichen Ansprechpartner finden.

Politik findet nicht im Konjunktiv statt. Wir wollen Verantwortung für Leipzig und die Leipziger Bürgerinnen und Bürger übernehmen, damit Leipzig sicherer, prosperierender und bürgerfreundlicher wird.